
Francia. Forschungen zur westeuropäischen Geschichte

Herausgegeben vom Deutschen Historischen Institut Paris

(Institut historique allemand)

Band 7 (1979)

DOI: 10.11588/fr.1979.0.49884

Rechtshinweis

Bitte beachten Sie, dass das Digitalisat urheberrechtlich geschützt ist. Erlaubt ist aber das Lesen, das Ausdrucken des Textes, das Herunterladen, das Speichern der Daten auf einem eigenen Datenträger soweit die vorgenannten Handlungen ausschließlich zu privaten und nicht-kommerziellen Zwecken erfolgen. Eine darüber hinausgehende unerlaubte Verwendung, Reproduktion oder Weitergabe einzelner Inhalte oder Bilder können sowohl zivil- als auch strafrechtlich verfolgt werden.

Westmächte auf die Gestaltung der bundesstaatlichen Struktur der zweiten deutschen Republik ausgeübt wurden, und er analysiert den Wandel, der hier konzeptionell von der Überreichung der sogenannten »Frankfurter Dokumente« im Juli 1948 bis zur endgültigen Billigung der Verfassungsvorschläge des Parlamentarischen Rates ein Jahr später auf Seiten der drei Westmächte eingetreten ist. Seine Schlußfolgerungen bestätigen, daß sich der französische Standpunkt, dem neuen Staatsgebilde einen maximal föderalistischen Aufbau unter Zurückdrängung der zentralen Hoheitsgewalten zu geben, gegenüber dem Effizienzdenken der Angelsachsen nicht voll durchsetzen konnte.

Der Hauptteil der Erörterungen ist indessen der unter den Politikern und Verfassungsrechtlern geführten Grundsatzdiskussion über den Gehalt der Verfassungsordnung gewidmet. Niclauss stellt hier die Konzeption der »sozialen Mehrheitsdemokratie« derjenigen der »konstitutionellen Demokratie« entgegen, und er legt im Einzelnen dar, daß sich ein weitgehender Konsens herausgebildet hatte hinsichtlich der Notwendigkeit, den »antiliberalen« Charakter der Weimarer Verfassung zu überwinden im Sinne einer echt pluralistischen, parlamentarischen Demokratie. Er belegt dies insbesondere im Hinblick auf die Stärkung der Judikative, der »dritten Gewalt«, gegenüber der Exekutive, und auf die entscheidende Frage der Beschränkung der Notstandsbefugnisse (Art. 48 der Weimarer Verfassung), deren Lösung vor allem in der sehr erheblichen Minderung der Kompetenzen des Bundespräsidenten zum Ausdruck kommt.

Die Beratungen des Parlamentarischen Rats auf Schloß Herrenchiemsee werden sehr detailliert untersucht, wobei der Verfasser zu der Schlußfolgerung gelangt, daß dort das Bestreben ausschlaggebend war, die neue demokratische Staatsform nach innen abzusichern und somit verfassungsrechtlich eine erneute Unterwanderung durch anti-demokratische Kräfte zu verhindern. Es ging also primär um eine Stabilisierung der Institutionen und nicht, wie Niclauss überzeugend darlegt, um die Festlegung eines verbindlichen gesellschaftspolitischen Zieles im Grundgesetz. So vermieden es die Verfassungsväter von vornherein, in das Grundgesetz Vorschriften über den sozial- und wirtschaftspolitischen Inhalt des neuen Staatswesens aufzunehmen. Der Autor gelangt so zu dem Ergebnis, daß »die These vom Sozialstaatsgrundsatz in erster Linie als Auslegungsproblem anzusehen« ist. In der Tat haben dann ja die politische Entwicklung der Bonner Republik und die Verfassungswirklichkeit bestätigt, daß ein wesentliches Postulat des neuen, bis 1949 entstandenen »offenen« Demokratieverständnisses, nämlich die Entscheidungsfreiheit für die künftige Gestaltung der Wirtschafts- und Sozialstrukturen zu gewährleisten, erreicht worden ist.

Walter SCHÜTZE, Paris

Richard WOYKE, *Opposition und Verteidigungspolitik im gaullistischen Frankreich 1958–1973*, Opladen (Leske Verlag-Budrich GmbH.) 1975, 272 S.

Die vorliegende Arbeit des jungen Politologen, der sich bereits im Bereich der Frankreich-Forschung einen Namen gemacht hat, füllt insofern eine Lücke, als sie die Rolle der Oppositionsparteien auf dem Felde der Verteidigungs- und im

weiteren Sinne der Sicherheitspolitik kritisch beleuchtet und damit die umfassende Studie von Lothar Rühl zur Entwicklung der *force de frappe* in sehr nützlicher Weise ergänzt. Der eigentlichen Untersuchung vorausgeschickt ist eine Bilanz der IV. Republik und eine Darstellung der damals gegebenen internationalen Sachzwänge, gewissermaßen als Kontrast zu der dann unter de Gaulle erfolgenden völligen Neuorientierung. Der Verfasser greift zu Recht über sein eigentliches Thema hinaus und analysiert das neue, halb-präsidentiale Regierungssystem, das der Opposition einen weitaus geringeren Handlungsspielraum ließ, als dies im parlamentarischen Regime der IV. Republik der Fall war, um dann recht eingehend einerseits die gaullistische Doktrin der nationalen Verteidigung, und andererseits die sehr unterschiedlichen Konzeptionen der SFIO und der KPF zu erörtern. Es liegt in der Natur der Sache, daß unter »Opposition« in erster Linie die beiden großen Linksparteien verstanden werden. Die ständig an Bedeutung verlierenden bürgerlichen Volksrepublikaner (die M.R.P.) und die außerhalb der Regierungsmehrheit verbleibende Gruppe der konservativen »Unabhängigen« Pinays entwickelten im Gegensatz zu den beiden Formationen der Linken kein umfassendes Gegenkonzept zu de Gaulle, sondern konzentrierten ihre Kritik auf die vom Staatschef durchgesetzte Lockerung der Bande im Atlantikpakt und insbesondere auf den Austritt Frankreichs aus der militärischen NATO-Integration. Der Verfasser sieht in der Präsidentschaftswahl 1965 die eigentliche Zäsur, was sich außen- und militärpolitisch kaum rechtfertigen läßt, denn de Gaulle setzte trotz seiner innenpolitischen Schwächung das *disengagement* gegenüber den atlantischen Verbündeten konsequent und sogar noch beschleunigt fort. Andererseits begann mit dem Auftreten von François Mitterrand als Einheitskandidat der Linken 1965 eine Entwicklung, die 1972 zur Verkündung des gemeinsamen Regierungsprogramms von Sozialisten und Kommunisten führte und mit der Polarisierung auf »Volksfront« und bürgerliche Mehrheit eine neue Parteien-Konstellation schuf.

Kritisch anzumerken ist bei der Behandlung dieser wichtigen Periode der gegenseitigen Annäherung, daß der Autor zu verallgemeinernd nur von »Sozialisten« spricht und die tiefgreifenden Meinungsverschiedenheiten im Lager der nicht-kommunistischen Linken nicht erwähnt. Gravierender ist ein Sachfehler: die Neugründung der Partei erfolgte nicht 1969 unter dem Vorsitz von François Mitterrand (Seite 217). Vielmehr entstand damals aus den Überresten der alten S.F.I.O. der N.S.P. (*Nouveau Parti Socialiste*) unter Führung von Alain Savary, die dann ihrerseits auf dem Gründungskongreß von Epinay 1971 im *Parti Socialiste*, zu deren Ersten Sekretär Mitterrand gewählt wurde, aufging. Es fehlt hier ferner die für das Verständnis der Grundsatzdiskussion unerläßliche eingehende Analyse sowohl des sozialistischen Parteiprogramms wie des »Gemeinsamen Programmes einer Linksregierung« von 1972, dem ein Jahr später die Gruppe der Linksradiكالen beitrug. Zweifellos war innerhalb der sozialistischen Bewegung eine – eher unterschwellige – Strömung zugunsten des *fait accompli* der französischen Nuklearbewaffnung vorhanden, doch ging diese, was der Autor unerwähnt läßt, von Vertrauten Mitterrands aus, die wie er nicht aus der S.F.I.O., sondern aus dem Kreis der »Konventionisten« radikalsozialistischer Prägung kamen. Entgegen der Meinung Woykes (Seite 218) war die program-

matische Forderung, der Nuklearrüstung im Falle eines Sieges der Linken ein Ende zu setzen und eine »Umstellung zu friedlichen Zwecken« durchzuführen, nicht nur ein taktisches Zugeständnis an die K.P.F. Ein erheblicher Teil der aktiven P.S.-Mitglieder und insbesondere der linke CERES-Flügel hielten noch bis Ende 1975 an dem unbedingten Atomverzicht fest. Mit Recht weist der Verfasser dann aber daraufhin, daß in der Parteiführung die Tendenz an Boden gewann, die *force de frappe* als politischen Trumpf einzusetzen, wenn sich eine Linksregierung, wie vorgesehen, voll und ganz an den internationalen Verhandlungen über Abrüstung und Rüstungskontrolle beteiligen würde. Es wäre deshalb auch abwegig, hier eine echte Konvergenz mit der offiziellen Nukleardoktrin oder gar ein »gaullo-sozialistisches« Verteidigungs- und Sicherheitskonzept konstruieren zu wollen, denn der entscheidende Unterschied zur Politik de Gaulles und Pompidous, und im wesentlichen auch noch zur Politik Giscard d'Estaings liegt darin, daß die Sozialisten, wie auch – gewiß mit einer völlig anderen Zielsetzung –, die Kommunisten, die Ost-Westpolitik der »arms control« grundsätzlich bejahen.

Der »Exkurs« zu Opposition und Verteidigungspolitik unter Giscard d'Estaing konnte die seit Abschluß der Arbeit im Sommer 1975 eingetretenen wesentlichen Neuentwicklungen nicht mehr berücksichtigen, noch voraussehen, daß der Anstoß zur Billigung der nationalen Nuklearrüstung ausgerechnet von der Partei kam, die sich bisher am nachdrücklichsten gegen sie gewandt hatte. Der abrupte Kurswechsel der K.P.F. wurde im Sommer 1976 vollzogen und ein Jahr später im sogenannten Kanapa-Bericht vor dem Zentralkomitee öffentlich bekräftigt. Es handelte sich allerdings nicht um eine Konzession an den Partner der Linksunion, sondern in allererster Linie um ein Manöver, mit dem Giscard d'Estaing daran gehindert werden sollte, das ihm unterstellte Ziel einer Annäherung an die NATO-Strategie in die Tat umzusetzen.

Die Studie wird abgerundet durch einen recht umfangreichen Referenz-Apparat und eine – einige Lücken aufweisende – Bibliographie. Das Thema hat gewiß mit der Niederlage der Linksunion in den Parlamentswahlen vom März 1978 an unmittelbarem politischen Bezug verloren, doch sollte nichtsdestoweniger das in der Verteidigungs- und Sicherheitspolitik weiterhin bestehende dialektische Spannungsverhältnis zwischen den beiden Ex-Partnern zum Gegenstand einer neuen wissenschaftlichen Untersuchung gemacht werden, weil hier womöglich noch stärker als in anderen Bereichen deutlich wird, daß die divergierenden ideologischen Grundpositionen den für eine tragfähige Regierung notwendigen Konsens nicht erlauben.

Walter SCHÜTZE, Paris

Jacques FONTAINE, L'art préroman hispanique. T. II: L'art mozarabe, La Pierre-qui-Vire (Zodiaque) 1977, in-8°, 428 p., 140 pl. (La nuit des temps).

Le premier volume de J. Fontaine consacré à l'art préroman hispanique était paru en 1973 dans la collection Zodiaque. Il traitait de l'art paléochrétien, de